

# Ausbau in Reckenfeld: Bürgerinitiative Block D will kein C

GREVEN. Sie haben es getan: 40 Bewohner des Blocks D haben sich am Samstag zu einer neuen Bürgerinitiative zusammengeschlossen. Deren Ziel: Der Ausbau der Erschließungsanlagen von Block D soll zwar erfolgen – aber nicht nach dem Vorbild von Block C.  
von Michael Hagel



Manche Reckenfelder tragen diesen Aufkleber auf ihrem Auto, gesehen auf einem Parkplatz in Greven. Er zeigt: Es gibt noch viel zu tun - für Grevenener wie Reckenfelder... (GZ-Foto Hagel)

Bereits am 16. März steht der Ausbau im Rat auf der Tagesordnung, deshalb drängt die Zeit. Reinhard Laqua und Norbert Schortemeyer sind am Samstag zu Sprechern der Bürgerinitiative gewählt worden. „Wir, und ausschließlich wir, sind von der Versammlung autorisiert worden, für die Bürger in Block D zu sprechen“, sagt Schortemeyer – und spricht damit Wolfgang Klaus quasi das Recht ab, für die Bewohner von Block D zu sprechen.

## **Klare Befragung**

Nun sind 40 von insgesamt 264 Eigentümern nicht die Mehrheit, aber Laqua und Schortemeyer verweisen auf eine Befragung, in der sich gut 90 Prozent der D-Bewohner gegen den Ausbau der Erschließungsanlagen ihres Viertels in der Manier von Block C aussprechen. Die Bürgerinitiative fordert nun, dass der Rat am 16. März lediglich eine Grundsatzentscheidung für den Ausbau treffen soll, indes eine weitere Festlegung wie zuletzt im Betriebs- und im Bauausschuss vermieden werden soll.

Insbesondere möge der Rat keine Vorfestlegung hinsichtlich „der erstmaligen Herstellung der Oberfläche“ sowie der Standards treffen. Dahinter steht die Sorge um das liebe Geld: Denn diese Formulierungen sind womöglich entscheidend bei der Frage, welchen prozentualen Anteil die Anwohner für den Ausbau bezahlen müssen. Ähnliches gilt für eine Vorfestlegung bei den Vergabemodalitäten. Stattdessen möchte die Bürgerinitiative eine umfassende Bürgerbeteiligung – die zu ermöglichen die Verwaltung allerdings auch stets für sich reklamiert hat.

## **Misstrauen**

Die BI bestreitet das. Sie spricht gar vom Misstrauen der Bewohner gegenüber der Verwaltung, weil man befürchte, zu viel zahlen zu müssen. Der städtische Eigenanteil von zehn Prozent wird von vielen als zu gering empfunden. Bereits am Freitag, 11. März, trifft sich die Bürgerinitiative erneut. Dann erhoffen sich die BI-Gründer noch deutlich größeren Zulauf als am Samstag.